SRB: Eckernförde springt vom Zug

Kiel/Eckernförde/Plön. Die Eckernförder Ratsversammlung hat sich gegen eine Beteiligung an der StadtRegionalBahn (SRB) entschieden – weder an der Planungsgesellschaft noch an einem Defizitzuschuss will sich die Stadt beteiligen. Der Kreistag in Plön verschob die Entscheidung zur SRB gestern. Da auch in Rendsburg-Eckernförde der Kreistag das letzte Wort in Sachen SRB hat, gaben sich deren Befürworter in Kiel gestern noch gelassen: Es sei kein Wunder, dass Kommunen so entschieden, wenn die Kreise ihnen wie im Fall Eckernfördes eine deutlich spürbare Beteiligung abverlangten, erklärte Kiels Bürgermeister Peter Todeskino (Grüne). Dennoch wird die Realisierung einer SRB nicht einfacher, nachdem bereits das Land wie berichtet von einer Beteiligung an der Planungsgesellschaft aus Kostengründen abgesehen hatte. Das insgesamt 385 Millionen Euro teure Verkehrsprojekt soll mehr Menschen Zugang zu einem leistungsfähigen ÖPNV ermöglichen. Für den Bau einer SRB hatte sich bereits vor längerem die Ratsversammlung Kiels ausgesprochen. KN

Seite 22, Kommentar Seite 2

Zur StadtRegionalBahn
Von Boris Geißler

Abgefahrene Sache

Kommt sie noch oder steht sie schon? Eine StadtRegionalBahn (SRB) ins Gleis zu setzen, erfordert Geduld, nicht nur im Norden. Auch Karlsruhe, Mutterstadt der deutschen Stadtbahnen moderner Prägung, brauchte dafür schier ewig. Erst als die Bahn fuhr, zeigte sich, wie sich der ÖPNV veränderte, wie die Grundstückspreise stiegen, wie sich Wohnungen und Gewerbe in Trassennähe ansiedelten. Ängste vor einem Projektvolumen von 385 Millionen Euro sind gewaltig, und die Milchmädchenrechnung mit dem vermeintlichen „zu teuer" unterm Strich ist fix gemacht. Richtig ist das Ergebnis der Rechenoperation jedoch nicht.

Immer wenn Entscheidungen eine Tragweite zeitigen, deren Glanz und Ertrag erst nach einer Legislatur oder gar nach mehreren Wahlperioden sichtbar werden, haben Politiker Probleme, sie zu vertreten. Das ist in der Klimapolitik nicht anders als in der Energiepolitik.

Die Sinnhaftigkeit der SRB ist noch nicht ausdiskutiert, schon gar nicht ohne politische Scheuklappen. Tatsächlich hätte das Umland von einer SRB mehr als Kiel, weil der größte Teil der Strecke (klimafreundlich) von Einpendlern außerhalb der Stadtgrenzen zurückgelegt würde. Nicht ohne Grund entscheiden letztlich die Kreise als ÖPNV-Aufgabeträger über solche Projekte. Dass eine SRB sich auf den ersten Blick für einen Ort mit ein, zwei Haltestellen nicht zu rechnen scheint, liegt weniger an den Zahlen, sondern am Betrachtungszeitraum. Da wird gerne mal zu kurz gesprungen.

Rollt die SRB aufs Abstellgleis?

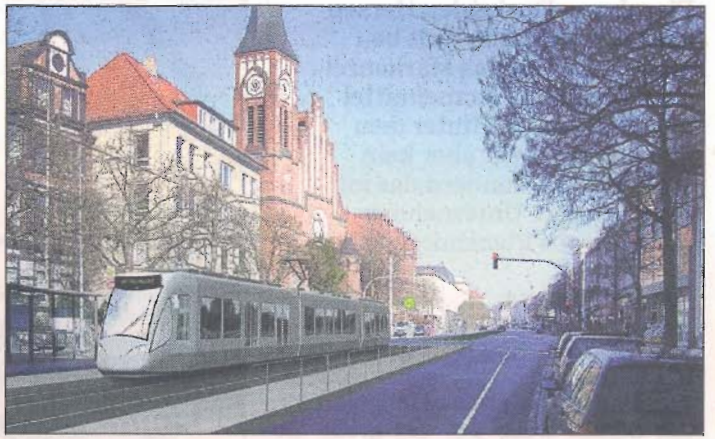
Eckernfördes Ratsversammlung erteilt StadtRegionalBahn Absage – Kreistage haben noch nicht entschieden

Kiel. Je nach politischer Couleur werden Signale zur StadtRegionalBahn (SRB) als Nebensache oder Todesstoß gehandelt: Die Eckernförder Ratsversammlung entschied sich gegen eine Beteiligung an der SRB, der Kreistag Plön wartet noch ab.

Von U. Rutzen und B. Geißler

Der SRB bricht eine wichtige Unterstützerin unter den Kommunen weg: Jetzt hat die Ratsversammlung Eckernförde beschlossen, sich weder an der Planungsgesellschaft für die SRB noch an der Defizitbezuschussung für dieses Projekt zu beteiligen, ein Votum des Kreistages allerdings steht noch aus. Ebenso wie im Kreis Plön: Dessen Kreistag hat gestern Abend eine Entscheidung pro oder contra SRB-Beteiligung verschoben.

Der Beschluss der Eckernförder Ratsversammlung war ein klarer, allerdings kein einmütiger Beschluss: Er wurde mit 17 zu 13 Stimmen gefasst. „Mit einer Stadtregionalbahn würden wir nicht in die Zukunft, sondern in die Pleite fahren", hatte die Eckernförder CDU-Fraktionsvorsitzende Katharina Heldt Vorbehalte ihrer Partei, aber auch der FDP und des SSW deutlich gemacht. Vorbehalte, die mit Zahlen belegt wurden. Danach kämen nach ihren Berechnungen auf Eckernförde jährliche Kosten zwischen 409 000 und 1,3 Millionen Euro zu – je nach Risikobewertung und Berechnungsschlüssel. Die Stadt sei nicht in der Lage, diese Mittel aufzubringen. Außerdem sei das Projekt sehr viel stärker auf Kiel als auf die umliegenden Städte und Gemeinden ausgerichtet. Eckernförde würde kaum davon profitieren. Da es bereits eine ausreichend gute Bahnverbindung nach Kiel gäbe, solle man sich in Eckernförde lieber um eine bessere Anbindung nach Rendsburg oder Schleswig bemühen, hieß es. SPD und Linke hatten Bereitschaft signalisiert, sich an der Finanzierung der Planungsgesellschaft beteiligen zu wollen. Gegen die Beteiligung an der SRB hatte in der Eckernförder Ratsversammlung neben CDU, FDP und SSW auch ein Grünen-Ratsmitglied gestimmt.



Eckernförde macht nicht mit: Vision einer Bahn, die Kiel und das Umland verbindet. Visualisierung LH Kiel

Bereits im Februar hatte das Land signalisiert, sich an einer SRB-Planungsgesellschaft nicht beteiligen zu wollen und „bei Mittelkonkurrenz" dem „Achsenkonzept in der Metropolregion Hamburg" den Vorrang gegenüber der SRB geben zu wollen.

Im Bauausschuss der Stadt Kiel ist die SRB ständiger Tagesordnungspunkt, gestern winkte Peter Todeskino (Grüne) gelassen ab: „Heute kein Vortrag…". Das war Wolfgang Homeyer (CDU) nach der Eckernförder Entscheidung eindeutig zu wenig und er fragte nach. „Was das Eckernförder Votum für das Projekt bedeutet, kann ich noch nicht sagen", erklärte Todeskino unaufgeregt, schließlich sei Eckernförde nicht die projektleitende Kommune, er setze darauf, dass sich andere Kommunen an dem 385-Millionen-Euro Projekt beteiligen. Achim Heinrichs (SPD-Ratsfraktion) erklärte im Kieler Bauausschuss gestern Abend, es sei „Sünde an nachfolgenden Generationen, sich die Chance einer SRB entgehen zu lassen." Immer mehr Menschen würden künftig auf einen guten ÖPNV angewiesen sein. Und im Ausschuss fragte ein dann doch nach eigenem Bekenntnis kurzfristig „anpolitisierter" Todeskino: „Will sich die Region tatsächlich eine Förderung von 160 Millionen Euro entgehen lassen?" Dagegen wurde die Eckernförder Entscheidung von Homeyer und vom Kieler FDP-Ratsfraktionschef Helmut Landsiedel im Vorfeld der Sitzung begrüßt. Er sprach von „regionalwirtschaftlichem Sachverstand und finanzpolitischer Weitsicht". Nun wartet man auf das Abstimmungsverhalten des Kreistags, der aber wird in Rendsburg/Eckernförde frühestens am 27. Juni über das Thema sprechen. Dennoch gilt die Eckernförder Entscheidung als wichtig für den weiteren Verlauf, da im Kreistag ähnliche politische Mehrheiten wie in Eckernförde das Sagen haben.